



Foto: Peter Werner.

Interreligiöses Forum Hamburg: Religionsfreiheit ist nicht verhandelbar



Mit Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass eine politische Partei in unverantwortlicher Weise Stimmung macht gegen Religionsgemeinschaften in unserem Land. Politiker der AfD maßen sich an, dem Islam den Charakter einer Religion abzusprechen und schüren

Vorurteile auch gegenüber anderen Religionen und etwa jüdischen

Bräuchen und Geboten. Das ist der Versuch, die Gesellschaft zu spalten – es ist das Gegenteil von Integration. Mit Nachdruck wenden wir uns gegen alle Bestrebungen, Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen gegeneinander aufzuhetzen.

Längst sind alle großen Weltreligionen in Deutschland und in Hamburg zu Hause. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland heißt es: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“ (Artikel 4 des GG). Diese Religionsfreiheit ist unverhandelbar. Sie ist eine wichtige Grundlage für das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Extremisten dürfen keine Chance bekommen, hier Hass und Zwietracht zu säen. Wir rufen daher alle Menschen guten Willens dazu auf, den Dialog zwischen den Religionen in Wort und Tat zu befördern.

Hamburg, 18. April 2016

Im Interreligiösen Forum Hamburg wirken folgende Religionsgemeinschaften und Institutionen mit: Alevitische Gemeinde, Bahá'í-Gemeinden Hamburg, Buddhisten, Katholische Kirche - Erzbistum Hamburg, Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Hindus und Zentralrat der Inder, Jüdische Gemeinde Hamburg, Schura – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg sowie die Akademie der Weltreligionen.

Internet: www.ifh.hamburg